

Laibacher Zeitung.

Nr. 48.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 fr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Mittwoch, 27. Februar

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 fr., 2mal 80 fr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 fr., 2m. 8 fr., 3m. 10 fr. u. s. w. Insertionsstempel jedesm. 30 fr.

1867.

Mit 1. März

beginnt ein neues Abonnement auf die
„Laibacher Zeitung.“

Der Pränumerations-Preis beträgt für die Zeit vom 1. März bis Ende Juni 1867:

Im Comptoir offen	3 fl. 67 fr.
Im Comptoir unter Couvert	4 " — "
Für Laibach ins Haus zugestellt	4 " — "
Mit Post unter Schleifen	5 " — "

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 27. Februar.

Das norddeutsche Parlament ist in feierlicher Weise eröffnet worden; der König von Preußen, der die Thronrede verlas, wurde dabei nach dem Ausdrucke des Telegramms mit dreimaligen Lebchroß enthusiastisch begrüßt. Mit stolzer Befriedigung knüpft die Thronrede sicherlich nicht ohne Absicht an die mächtigen Erinnerungen der deutschen Kaiserzeit an, wenn sie sagt, daß seit Jahrhunderten kein deutscher Fürst eine solche Versammlung um sich gesehen, und man fühlt aus der Redewendung die Befriedigung heraus, mit welcher der königliche Redner an jene große Initiative der Volksbegeisterung des Jahres 1848 in Frankfurt erinnert, welche resultatlos geblieben war.

„Die Einigung des deutschen Volkes an der Hand der Thatfachen zu suchen und nicht wieder das Erreichbare dem Wünschenswerthen zu opfern,“ das sei das Ziel, welchem mit Nothwendigkeit zugestimmt werden müsse, welches aber bisher nur darum nicht erreicht wurde, „weil man sich durch Hoffnungen oder Erinnerungen über den Werth der Gegenwart, durch Ideale über die Bedeutung der Thatfachen täuschen ließ.“

Einen Hauptnachdruck legt die königliche Thronrede begreiflicherweise auf die Beziehungen zu Süddeutschland. Die preussische Politik hat darin seit den Tagen des Prager Friedens keine Schwankung und keine Wandlung erfahren. Sie lautet heute noch wie damals: Zuerst Festigung des norddeutschen Bundes, dann Allianz mit dem Süden. Mit dieser Hinweisung wird eine PreSSION auf die Abgeordneten geübt, denen gesagt wird, daß sie nur ja das Verfassungswerk beschleunigen mögen, ohne sich durch etwaige oppositionelle Mängel aufhalten zu lassen, damit nur ja die Möglichkeit näher gerückt werde, zu dem möglichst innigen Anschluß Süddeutschlands und damit nach und nach doch zum deutschen Einheitsideale zu gelangen.

Dem Einheitsgedanken muß sich jeder andere unterordnen, wie dies schon der nun zur Verathung gelangende Verfassungsentwurf des norddeutschen Bundes darthut. Selbst das Bewilligungsrecht der Steuern, Abgaben und Zölle soll der Bundes-Volksvertretung entzogen werden, nachdem einmal dem Verfassungsentwurfe zugestimmt wurde, welcher die Einnahmen für immer feststellt; die Ausgaben, welche nicht das Militär betreffen, sollen nicht alljährlich, sondern auf drei Jahre votirt werden. Langt man nicht mit den Einnahmen, so werden ohne Zustimmung der Volksvertretung „Beiträge ausgeschrieben.“

Ein viel verbreitetes Wiener Blatt äußert sich des weitern über den Verfassungsentwurf und hebt schließlich insbesondere hervor:

Gleichwie die Grundrechte in der Verfassung mangeln, so ist auch kein Paragraph vorhanden, durch welchen die Mitglieder des Parlaments persönlich geschützt würden; sie sind durch kein Wort gegen Verhaftung geschützt, auch die Redefreiheit, die man ihnen gelassen hat, wird zu einer Täuschung, da den Verhandlungen nicht die straflose Veröffentlichung gewährleistet ist. Was ist aber ein Parlament ohne Oeffentlichkeit? Wie kann ein Parlament, welches mit seinen Wählern nicht in ununterbrochener, ungehemmter Verbindung steht, als der jeweilige Ausdruck der Volksstimmung und des Volkswillens betrachtet werden? Das erste, was das Parlament zu thun hätte, wäre daher, daß es sich die Oeffentlichkeit verschafft, die man ihm vorenthält; verzichtet es darauf, dann hat es selbst das Verdammungsurtheil über sich gefällt. Natürlich darf es auch den ministeriellen Verfassungsentwurf nicht so, wie er vorliegt, annehmen, es will es nicht als Feind der Volksfreiheit auftreten, es muß den Entwurf gründlich ändern, wenn die Verfassung auch nur die bescheidensten Ansprüche erfüllen soll. Ob das geschehen wird, ob in den Verhandlungen sich eine constitutionell gesinnte Majorität zusammenfinden wird, das muß abgewartet werden; demokratische Berliner Blätter erklären, man stehe vor dem eigenen Werke wie vor einem undurchdringlichen Geheimniß. Das sind die Folgen der vollkommenen Unterlegenheit; in welchem als sich selbst dürfen sie anklagen, daß ihnen die Regierung eine Verfassung aufzwingen möchte, in welcher den Frachtfäßen von Roaks, Steinen, Düngungsmitteln und Kartoffeln gerade so viel Artikel eingeräumt sind, als man den Grundrechten des Volkes zu widmen verpflichtet gewesen wäre.

Die Eröffnung des norddeutschen Parlaments.

Berlin, 24. Februar. Das norddeutsche Parlament wurde heute durch den König persönlich eröffnet. Die Eröffnungsrede lautet wörtlich:

„Erlauchte, edle und geehrte Herren vom Reichstage des norddeutschen Bundes!“

Es ist ein erhebender Augenblick, in welchem ich in Ihre Mitte trete; mächtige Ereignisse haben ihn herbeigeführt, große Hoffnungen knüpfen sich an denselben. Daß es mir vergönnt ist, in Gemeinschaft mit einer Versammlung, wie eine solche seit Jahrhunderten keinen deutschen Fürsten umgeben hat, diesen Hoffnungen Ausdruck zu geben, dafür danke ich der göttlichen Vorsehung, welche Deutschland dem von seinem Volke ersehnten Ziele auf Wegen zuführt, die wir nicht wählen oder voraussehen.

Im Vertrauen auf diese Führung werden wir jenes Ziel um so früher erreichen, je klarer wir die Ursachen, welche uns und unsere Vorfahren von demselben entfernt haben, im Rückblick auf die Geschichte Deutschlands erkennen. Einst mächtig, groß und geehrt, weil einig und von starken Händen geleitet, sank das deutsche Reich nicht ohne Mitschuld von Haupt und Gliedern in Zerrissenheit und Ohnmacht. Des Bewusstes im Rathe Europa's, des Einflusses auf die eigenen Geschicke beraubt, ward Deutschland zur Wahlstatt der Kämpfe fremder Mächte, für welche es das Blut seiner Kinder, die Schlachtfelder und die Kampfpfeile hergab. Niemals aber hat die Sehnsucht des deutschen Volkes nach seinen verlorenen Gütern aufgehört, und die Geschichte unserer Zeit ist erfüllt von den Bestrebungen, Deutschland und dem deutschen Volke die Größe seiner Vergangenheit wieder zu erringen. Wenn diese Bestrebungen bisher nicht zum Ziele geführt, wenn sie die Zerrissenheit, anstatt sie zu heilen, nur gesteigert haben, weil man sich durch Hoffnungen oder Erinnerungen über den Werth der Gegenwart, durch Ideale über die Bedeutung der Thatfachen täuschen ließ, so erkennen wir daraus die Nothwendigkeit, die Einigung des deutschen Volkes an der Hand der Thatfachen zu suchen und nicht wieder das Erreichbare dem Wünschenswerthen zu opfern. In diesem Sinne haben die verbündeten Regierungen, im Anschluß an gewohnte frühere Verhältnisse, sich über eine Anzahl bestimmter und begrenzter, aber praktisch bedeutsamer Einrichtungen verständigt, welche ebenso im Bereiche der unmittelbaren Möglichkeit wie des zweifellosen Bedürfnisses liegen.

Der Ihnen vorzulegende Verfassungsentwurf muthet der Selbstständigkeit der Einzelstaaten zu Gunsten der Gesamtheit nur diejenigen Opfer zu, welche unentbehrlich sind, um den Frieden zu schützen, die Sicherheit des Bundesgebietes und die Entwicklung der Wohlfahrt seiner Bewohner zu gewährleisten.

Meinen hohen Verbündeten habe ich für die Bereitwilligkeit zu danken, mit welcher sie den Bedürfnissen des gemeinsamen Vaterlandes entgegengekommen sind. Ich spreche diesen Dank in dem Bewußtsein aus, daß ich zu derselben Hingebung für das Gesamtwohl Deutschlands auch dann bereit gewesen sein würde, wenn die Vorsehung mich nicht an die Spitze des mächtigsten und aus diesem Grunde zur Leitung des Gemeinwesens berufenen Bundesstaates gestellt hätte.

Als Erbe der preussischen Krone aber fühle ich mich stark in dem Bewußtsein, daß alle Erfolge Preußens zugleich Stufen zur Wiederherstellung und Erhöhung der deutschen Macht und Ehre geworden sind.

Ungeachtet des allgemeinen Entgegenkommens und obschon die gewaltigen Ereignisse des letzten Jahres die Unentbehrlichkeit einer Neubildung der deutschen Verfassung zur allseitigen Ueberzeugung gebracht und die Gemüther für die Annahme derselben empfänglicher gemacht

hatten, als sie früher waren und später vielleicht wiederum sein würden, haben wir doch in den Verhandlungen von neuem die Schwere der Aufgabe empfunden, eine volle Uebereinstimmung zwischen den so vielen unabhängigen Regierungen zu erzielen, welche bei ihren Zugeständnissen obenein die Stimmungen ihrer Landstände zu beachten haben.

Je mehr Sie, meine Herren, sich diese Schwierigkeiten vergegenwärtigen, um so vorsichtiger werden Sie, davon bin ich überzeugt, bei Prüfung des Verfassungsentwurfes die schwerwiegende Verantwortung für die Gefahren im Auge behalten, welche für die friedliche und gesetzmäßige Durchführung des begonnenen Werkes entstehen könnten, wenn das für die jetzige Vorlage hergestellte Einverständniß der Regierungen für die vom Reichstage begehrten Aenderungen nicht wieder gewonnen würde.

Heute kommt es vor allem darauf an, den günstigen Moment zur Errichtung eines Gebäudes nicht zu versäumen. Der vollendetere Ausbau desselben kann alsdann getrost dem ferneren vereinten Wirken der deutschen Fürsten und Volksstämme überlassen bleiben.

Die Ordnung der nationalen Beziehungen des norddeutschen Bundes zu unseren Landsleuten im Süden vom Main ist durch die Friedensschlüsse des vergangenen Jahres dem freien Uebereinkommen beider Theile anheingestellt. Zur Herbeiführung dieses Einverständnisses wird unsere Hand den süddeutschen Brüdern offen und entgegenkommend dargebracht werden, sobald der norddeutsche Bund in Feststellung seiner Verfassung weit genug vorgeschritten sein wird, um zur Abschließung von Verträgen befähigt zu sein.

Die Erhaltung des Zollvereins, die gemeinsame Pflege der Volkswirtschaft, die gemeinsame Verbürgung für die Sicherheit des deutschen Gebietes werden Grundbedingungen der Verständigung bilden, welche voraussichtlich von beiden Theilen angestrebt werden wird.

Wie die Richtung des deutschen Geistes im allgemeinen dem Frieden und seinen Arbeiten zugewendet ist, so wird die Bundesgenossenschaft der deutschen Staaten wesentlich einen defensiven Charakter tragen. Keine feindliche Tendenz gegen unsere Nachbarn, kein Streben nach Eroberung hat die deutsche Bewegung der letzten Jahrzehnte getragen, sondern lediglich das Bedürfnis, den weiten Gebieten von den Alpen bis zum Meere die Grundbedingungen des staatlichen Gedeihens zu gewähren, welche ihnen der Entwicklungsgang früherer Jahrhunderte verkümmert hat.

Nur zur Abwehr, nicht zum Angriff einigen sich die Stämme, und daß ihre Verbrüderung auch von ihren Nachbarvölkern in diesem Sinne aufgefaßt wird, beweist die wohlwollende Haltung der mächtigsten europäischen Staaten, welche ohne Besorgniß und ohne Mißgunst Deutschland von denselben Vortheilen eines großen staatlichen Gemeinwesens Besitz ergreifen sehen, deren sie sich ihrerseits bereits seit Jahrhunderten erfreuen. Nur von uns, unserer Einigkeit, von unserer Vaterlandsliebe hängt es daher in diesem Augenblicke ab, dem gesammten Deutschland die Bürgschaften einer Zukunft zu sichern, in welcher es frei von der Gefahr, wieder in Zerrissenheit und Ohnmacht zu verfallen, nach eigener Selbstbestimmung seine verfassungsmäßige Entwicklung und seine Wohlfahrt pflegen und in dem Rathe der Völker seinen friedliebenden Beruf erfüllen mag.

Ich hege das Vertrauen zu Gott, daß die Nachwelt im Rückblicke auf unsere gemeinsamen Arbeiten nicht sagen werde, die Erfahrungen der früheren misslungenen Versuche seien ohne Nutzen für das deutsche Volk geblieben, daß vielmehr unsere Kinder mit Dank auf diesen Reichstag, als den Begründer der deutschen Einheit, Freiheit und Macht, zurückblicken werden.

Meine Herren! Ganz Deutschland, auch über die Grenzen unseres Bundes hinaus, harret der Entscheidungen, die hier getroffen werden sollen. Möge durch unser gemeinsames Werk der Traum von drei Jahrhunderten, das Schönen und Ringen der jüngsten Geschlechter der Erfüllung entgegengeführt werden.

Im Namen aller verbündeten Regierungen, im Namen Deutschlands fordere ich Sie vertrauensvoll auf, helfen Sie uns die große nationale Arbeit rasch und sicher durchzuführen. Der Segen Gottes aber, an welchem Alles gelegen ist, begleite und fördere das vaterländische Werk!“

Die Feierlichkeit der Eröffnung des norddeutschen Parlaments fand dem Programme gemäß statt. Zur rechten Seite des Thrones standen der Kronprinz, sämtliche Prinzen, nur Prinz Friedrich Karl befand sich unter den Reichstagsmitgliedern zur linken Seite. Die Bundesbevollmächtigten wurden vom Grafen Bismarck geführt, welcher in Cürassier-Uniform war. Der König wurde mit dreimaligen Lebchörsen enthusiastisch begrüßt, verlas die Thronrede und wurde an drei Stellen mit lebhaftem Beifalle unterbrochen.

Graf Bismarck erklärte den Reichstag für eröffnet. Der König verneigte sich dreimal und verließ den Saal unter wiederholten Hochrufen.

Die Königin, die Kronprinzessin mit ihrem ältesten Sohne, die Prinzessin Karl, die Prinzessin Friedrich Karl, der Prinz Wilhelm von Baden, der Prinz Nikolaus von Nassau, Prinz Heinrich von Hessen und fast alle Gesandten waren in den Logen anwesend, welche auch sonst überfüllt waren. Ein Zuschauer verstarb während der Feierlichkeit.

Oesterreich.

Wien, 25. Februar. Die „Wr. Abdpst.“ schreibt: Ein hiesiges Blatt hat es sich schon seit längerer Zeit zur Aufgabe gemacht, die Politik der kais. Regierung in den Angelegenheiten des Orients mit besonderer Aufmerksamkeit zu verfolgen und auch ohne specieller Kenntniß dessen, was von hier aus wirklich geschehen ist, strengen Tadel darüber zu verhängen. Neuerlich ist demselben ein Unhalt durch eine in den öffentlichen Blättern erschienene Analyse eines österreichischen Circularschreibens geboten worden. In diesem Schriftstücke — daß Analyse und Text zweierlei sind, bemerken wir nur beiläufig — sind Auffassungen enthalten, welche, wie wir bereits zu bemerken Veranlassung hatten, für den Augenblick keinen praktischen Werth haben, weil sie einem früheren Stadium angehören, auf welche aber später einmal zurückzukommen sehr leicht Gelegenheit geboten werden dürfte. Wir würden es nur begreifen und vollkommen natürlich finden, wenn jenes Blatt von seinem Standpunkte aus die Analyse einer in das Ganze wie in das einzelne eingehenden gründlichen Beleuchtung unterzogen hätte. Dann würden wir umfänglich die Aufgabe eben so wenig zurückweisen, uns mit dieser Beleuchtung zu beschäftigen. Anstatt dessen greift dasselbe einen einzelnen Punkt heraus, um darüber ein abschließendes Urtheil abzugeben, und erspart sich die Mühe jener gründlichen Beleuchtung, indem es sich „aus Constantinopel“ Aufschlüsse über die Genesir der diesseitigen Politik zugehen läßt. Diese „Aufschlüsse“ und „Enthüllungen“ bestehen in der Wiedergabe eines Gespräches, welches der kais. russische Gesandte in Wien Graf Stadelberg bei dem ersten Besuche, den er dem neuernannten kaiserlichen Minister des Aeußern Anfangs November abstattete, mit letzterem gepflogen haben soll. Dieses Gespräch, wobei jedoch lediglich Graf Stadelberg als der Redende, Baron Benst aber als der Zuhörende geschildert wird, nimmt nicht weniger als zwei volle gedruckte Spalten ein. Jeder denkende Leser muß nun schon an und für sich auf die Frage hingelenkt werden, wie eine solche stenographische Aufzeichnung über ein unter vier Augen gepflogenes Gespräch nach „Constantinopel“ gelangte, und wer einigermassen mit diplomatischem Brauch bekannt ist, wird noch weniger daran glauben, daß bei dem ersten Besuch den ein Gesandter einem neuernannten Minister macht, er ihm eine solche Vorlesung gehalten haben sollte. Es geschieht daher nur zur Aufklärung des erwähnten Blattes selbst, wenn wir bemerken, daß an der ganzen Erzählung vom Anfang bis zum Ende nicht ein wahres Wort ist, und wir können nur bedauern, wenn es, sofern es wirklich solche Mittheilungen aus „Constantinopel“ erhält, sich dermaßen mystificiren läßt. Zugleich aber können wir die beruhigende Versicherung geben, daß, wenn fern von „Constantinopel“ Türken und Türkenfreunde sich über die gegenwärtige Politik Oesterreichs ereifern, man in Constantinopel selbst in den maßgebenden Kreisen die Anschauungen des Wiener Blattes nicht theilt, sondern den Absichten sowohl als den Handlungen des kaiserlichen Cabinets Gerechtigkeit widerfahren läßt.

Triest, 25. Februar. Am Sonnabend Abend fand in einem Saale des Hotel de la ville das von hiesigen angesehenen Griechen zu Ehren der Anwesenheit des französischen Publicisten Herrn Saint Marc Girardin veranstaltete Banket statt. Die Reihe der Toaste eröffnete der Rheder Herr A. St. di Kalli mit einem Lebchörs auf Ihre Maj. den Kaiser und die Kaiserin von Oesterreich, worauf der hiesige griech. Consul eine kurze Ansprache an den Gast hielt, welche dieser in längerer Rede erwiderte, in der er seine Ansichten über die orientalische Frage auseinandersetzte und die Griechen als diejenigen bezeichnete, welche die Erbschaft im europäischen Orient antreten würden, weil sie dazu ein natürliches Recht besäßen. Die Regsamkeit, den geschäftlichen Geist, die Klugheit und die Fähigkeit, sich an allen wichtigen Plätzen des Mittelmeeres, in Mittel-europa, England und Amerika niederzulassen und dennoch ihre Nationalität aufrechtzuerhalten, rühmte er dem griechischen Volke verdienstermaßen nach und setzte in alle diese Eigenschaften sein Vertrauen auf die Zukunft der

Hellenen. Stürmischer Beifall besohnte diese mit französischer Liebeshwürdigkeit gesprochene Rede. Eine weitere Zahl von Toasten folgte darauf. Herr Costi gedachte der Sympathie Frankreichs und des „Journal des Débats“, dessen Mitarbeiter der Gast ist, für die griech. Sache; Giamari theilte Telegramme aus Wien und Pest von den dortigen Griechen mit, welche Herrn Saint Marc Girardin begrüßten, und ein Redner war so frei, auf die freie französische Presse zu trinken, was dem berühmten Publicisten Anlaß gab, die bescheidene Bemerkung zu machen: die Freiheit der Presse in Frankreich — Messieurs, elle n'existe pas. Ein Toast auf den König Georg und ein anderer auf die hiesige griechische Gemeinde beschlossen das Banket. Die Gesellschaft, etwa 50 Personen, unter denen auch mehrere Redacteurs hiesiger Blätter sich befanden, löste sich in einzelne Gruppen auf, und in ungezwungener Unterhaltung mit dem verehrten Gast blieb man noch einige Zeit beisammen. — Herr St. Marc Girardin ist Sonnabend Nacht mit seinem Sohne wieder nach Venedig zurückgekehrt.

Ausland.

Berlin. Der preussische „Staatsanzeiger“ enthält in seinem amtlichen Theile nachstehende Kundmachung: „Ich beauftrage den Finanzminister Freiherrn von der Heydt, den Kriegs- und Marineminister General der Infanterie von Moos, den Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten Grafen von Tschepitz, den Minister des Innern Grafen zu Eulenburg und Meinen wirklichen geheimen Rath von Savigny, unter Ihrem Vorsitze in Gemeinschaft mit denjenigen Vertretern, welche von Seiten der übrigen verbündeten Regierungen zu diesem Zwecke werden ernannt werden, die Verhandlungen mit dem Reichstage des Norddeutschen Bundes behufs Feststellung der Bundesverfassung zu führen, und sehe Ihren Anträgen entgegen für den Fall, daß ein Bedürfnis der Ernennung noch anderer Commissarien eintreten sollte. Berlin, den 23. Februar 1867. Wilhelm. Graf v. Bismarck.“

Aus Madrid, Mitte Februar, wird geschrieben: Die Königin begab sich am 10., ohne vorher ihre Minister davon zu benachrichtigen, nach Aranjuez, um die Schwester Patrocinio zu besuchen; der König-Gemal begleitete sie dorthin, und es scheint, als wenn dieser Besuch zur Versöhnung des königlichen Paares beigetragen hat. Gestern Nachmittag erschien Marschall Narvaez mit drei seiner Collegen im Palais und erklärte der Königin, daß das Ministerium die Verbannung der Schwester Patrocinio für nothwendig erachte. Die Königin widersetzte sich dieser Maßregel auf das Entschiedenste und erwähnte, daß dieselbe den König außer sich bringen würde, der schon durch die Verbannung seines Freundes Meneses gekränkt worden sei. Der Ministerpräsident beilegte sich hierauf zu erwidern, daß das Ministerium nicht die Absicht gehabt habe, den König zu beleidigen, und bereit sei, die nöthige Aufklärung über diesen Gegenstand zu geben, ja sogar den König dafür um Entschuldigung zu bitten. Die Königin schickte sofort einen dienstthuenden Kammerherrn zu ihrem Gemal und ließ diesen zu sich bitten, da das Ministerium ihn um Entschuldigung bitten wolle. Don Francisco del Afis erschien auch alsbald auf der Schwelle des Gemaches der Königin, beschränkte sich indeffen auf die kurze Bemerkung: „Ich will keine Entschuldigungen!“ drehte den Ministern darauf ohne weiteren Gruß den Rücken und ging in seine Zimmer zurück. Der Kampf zwischen dem Könige und seiner Umgebung einerseits und dem Ministerium andererseits ist somit zum Ausbruch gekommen und könnte wohl mit einem Ministerwechsel enden. Trotz der Ordonnanz, welche die Redacteurs und Drucker heimlicher Journale mit Todesstrafe bedroht, ist die zweite Nummer des „Relampago“ erschienen und in einer Anzahl von Exemplaren in Madrid vertheilt. Man hatte mit der Veröffentlichung derselben gezögert, um das Urtheil des Kriegsgerichtes über die wegen Verbreitung dieses Journal's Inhaftirten nicht zu verschlimmern. — Die Aufhebung des Belagerungszustandes und die Wiederherstellung der constitutionellen Garantien stehen in sicherer Aussicht. Die der Unione Libérale angehörigen Deputirten haben Paris verlassen und sich nach Bayonne begeben, um sofort nach Erlaß des betreffenden Decretes nach Madrid zurückzukehren. Die Prefordonnanz des General-Capitäns lautet:

Befehl v. D. Juan de la Pezuela, Graf von Eche, General-Capitän von Neu-Castilien. Die exemplarische Verstrafung, welche kürzlich über diejenigen verhängt wurde, welche sich heimlicher Pressen bedient haben, hat nicht verhindert, daß dieses schwere Vergehen sich wiederholt. Entschlossen, wie ich bin, so lange die außerordentliche Ermächtigung dauern wird, welche mir kraft des Belagerungszustandes übertragen ist, vor keinem Mittel zurückzufreden, um mit Einem Schlage diese verwerblichen Publicationen auszurotten, die nur dazu bestimmt sind, die heiligsten, ehrwürdigen und von dem ehrenhaften spanischen Volke am meisten geliebten Institutionen zu discreditiren, zu verlegen, zu tödten, die Disciplin der Armee zu vernichten und die öffentliche Ruhe zu stören: belege ich mit der Todesstrafe: 1. jedes Individuum, welches heimliche Schriften gegen die Religion, gegen die Königin, ihre Dynastie, die öffentliche Ordnung, die Sicherheit des Staates und die Disciplin der Armee dirigirt, redigirt, schreibt oder druckt; 2. jedes In-

dividuum, welches materielle, geistige oder Geldhilfe leistet zur Ausführung solcher Publicationen; 3. diejenigen, welche bei Ausübung obgenannter Vergehen betrogen werden, sollen vor ein Kriegsgericht gestellt werden, welches in kürzester Frist zu urtheilen hat und seinen Ausspruch sofort zur Vollziehung bringen wird. Madrid, 15. Februar 1867. (Unterz.) Cbeste.

Aus Belgrad, 20. Februar, meldet man als positives Neues der „Zft.“, daß der österreichische Generalconsul in der Nacht vom 19. auf 20., um 3 Uhr eine Depesche vom Internuntius erhalten hat, welche die Erledigung der Festungsfrage durch die Pforte in dem von Serbien verlangten Sinne berichtet. Augenblicklich begab sich Herr v. Vent nach dem Palaste des Fürsten, um Seiner Hoheit die freudige Nachricht anzumelden.

Tagesneuigkeiten.

— (Ausreichende Entschuldigung.) Auf der Tauenzienstraße in Breslau war am vorigen Freitag ein Dienstmädchen im zweiten Stockwerke mit dem Rücken der Fenster beschäftigt, wobei sie sich zu weit herauslehnte, so daß sie das Gleichgewicht verlor und sammt dem Fensterflügel auf die Straße hinabstürzte. Wunderbarerweise erlitt das Mädchen auch nicht die geringste Beschädigung. Die Herabgestürzte raffte schnell die Rudera des Mahmens zusammen und eilte nach der Wohnung zurück, wo ihr die Hausfrau ganz erstaunt mit der Frage entgegentrat: „Wo kommst du denn her? Ich denke, du pushest die Fenster.“ — „Entschuldigen Sie nur, Madame, ich bin auf die Straße hinabgestürzt.“

— (Schwärmerci.) Bei Neuburg am Rhein wurde eine Kiste an das Ufer geschwemmt, in welcher sich ein wohlverschlossener zinnerner Sarg in der Größe einer Kindesleiche mit der Aufschrift: „Meine liebe Lilli, geb. 20. — gestorben 20.“ befand. Bei der im Weisheit des Gerichtsarztes erfolgten Eröffnung dieses Sarges fand sich auf einem weichen Bettchen, in ein schönes seidenes Kleidchen eingehüllt, die Leiche — eines Sighörchens!

— (Pariser Welt und Halbwelt.) Die „Fr. Corr.“ berichtet unterm 20. d.: Man beschäftigt sich in diesem Augenblicke viel mit dem Proceß, welcher sich um den Nachlaß des Herzogs von Gramont-Caderousse, des seitherzeit vielgenannten Helden der Pariser Halbwelt, entsponnen hat; aber unsere goldene Jugend zeigt sich wenig geneigt, aus dem kläglichen Lebenslauf und Ende dieses Roues eine Moral zu ziehen. Der Anwalt der Familie des Herzogs erzählt als etwas Ungeheures, daß dieser im Laufe von anderthalb Jahren 500,000 Francs verspielt hätte. Aber Ludovic von Gramont war nur ein schwächlicher Anführer; was gegenwärtig allmächtig in den aristokratischen Circeln von Paris verspielt wird, grenzt an das Unglaubliche. Den Ruhm, der Schauplatz der gewaltigsten Vaccarat-Partien zu sein, hat der kleine Vété-Club in der Rue Royale errungen. Der Vicomte v. Daru hat dort kürzlich in einer Serie von Partien die Kleinigkeit von 1,200,000 Francs verloren; auch hat er es glücklich so weit gebracht, daß er in dieser Woche seine Sammlung von Carikaturen öffentlich versteigern lassen muß. Die Hauptgewinner sind, wie dies gewöhnlich einzutreffen pflegt, diejenigen, welche am meisten einzufehen haben; man nennt in erster Reihe den Türken Kasim Bey und einen jungen Marischin, welcher letztere eine Rente von 900,000 Francs zu verzehren hat und in den Clubs, Pferdeställen und Theatern von Paris der Held der Saison ist.

Locales.

— (Eine Deputation) der unter dem Protectorate Sr. kaiserlichen Hoheit des Herrn Erzherzogs Ernst stehenden Nobrschützengesellschaft, bestehend aus den Herren: Dr. Ritter v. Stöckl, Eduard Prader, Gustav Stedry, Georg Krüger und Raimund Tschinkel, ist nach Wien abgegangen und gestern Mittags von Sr. k. apostolischen Majestät empfangen worden, um die Bitte wegen Ueberlassung eines Antheiles an der Staats-Wohltätigkeitslotterie zu Gunsten der Nobrschützengesellschaft zu stellen, welche durch mißliche finanzielle Verhältnisse in ihrem mehr als dreihundertjährigen Bestande bedroht ist.

— (Militärisches.) Der hier neu aufzustellenden Geniedirection wurde laut Armeeverordnungsblatt Herr Hauptmann 1. Classe Karl Schleyer von der Geniedirection in Triest zugetheilt. Der Hauptmann 2. Classe des Inf.-Reg. Freiherr v. Bamberg Nr. 13 Albert Brunner wurde zum Inf.-Reg. Freiherr v. Kuhn Nr. 17 und der Hauptmann 2. Classe dieses letzteren Regiments Johann Drel wurde zum Inf.-Reg. Graf Haugwitz Nr. 38 versetzt.

Aus dem Landesauschusse.

Am 25. d. M. trat der neugewählte Landesauschuß zum ersten male in einer Sitzung zusammen.

Der Herr Landeshauptmann v. Wurzbach eröffnete die Sitzung mit einer kurzen Ansprache, worin er unter Begrüßung der neuen Mitglieder die zuverlässige Erwartung ausdrückte, daß der neue Landesauschuß mit derselben aufopfernden Thätigkeit und in unge störter Harmonie zum Wohle des Landes wirken werde, wie der bisherige. Herr Dr. Johann Bleiwies gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß das gute collegiale Einvernehmen im Landesauschusse, wie bisher, auch künftighin nie getrübt werden wird, mögen auch die Wogen der Debatte im Landtage manchmal hoch und stür-

misch gehen. Es werde dem jetzigen Landesausschusse von einer Seite der Anwurf gemacht, daß er national sei; allein es wäre unnatürlich, wenn die Vertretung des Landes — der Nation — anders wäre als national!

Den auscheidenden Herren Ausschussmitgliedern Dr. Jos. Suppan und Karl Deschmann wird für ihr ebenso unermüdetes als gediegenes und erfolgreiches Wirken einstimmig die wohlverdiente Anerkennung und Danksagung auszudrücken beschlossen.

Herr Dr. Bleiweis referirt über eine Eingabe des Präsidiums der Landwirtschafts-Gesellschaft wegen vorläufiger Sistirung der Bestimmungen des neuen Heeresergänzungs-Gesetzes, das auf die bauerlichen Verhältnisse von tief einschneidender Wirkung ist.

Der Landesausschuß beschließt einstimmig, diese Eingabe dem hohen Landtage mit dem Dringlichkeitsantrage vorzulegen, der hohe Landtag wolle die hohe Regierung ersuchen, bei Sr. k. k. apost. Majestät zu erwirken, daß die Durchführung der Bestimmungen des neuen Heeresergänzungs-Gesetzes mit Rücksicht auf die bereits erfolgte Sistirung in Ungarn bis zur constitutionellen Behandlung dieses Gegenstandes auch für Krain allergnädigst sistirt werde.

Ueber eine Note der k. k. Landesregierung, betreffend die nahe bevorstehende Uebergabe des Waisenfondes per 211.000 fl. in die Verwaltung des Landesausschusses wird über Anregung des Landeshauptmann-Stellvertreters Dr. Costa die Frage wegen Errichtung einer eigenen Landescaße in Erwägung gezogen. Das Bedürfnis einer solchen wird sehr fühlbar zu Tage treten, wenn außer dem Waisenfonde demnächst auch die krain. Studentenstiftungs- und die ständ. Stiftungs- und mit einem sehr bedeutenden Vermögensstande in die Administration des Landesausschusses übergeben sollen, wie dies factisch bezüglich des Glavar'schen Armen- und Sickenhaushausfondes mit einem Vermögen von über 100.000 fl. bereits stattgefunden hat.

Bei Errichtung einer eigenen Landescaße würde selbstverständlich auch die Cassengebarung bezüglich des Landes-, ständischen und Grundentlastungsfondes an dieselbe überwiehen werden, wodurch das, dermal für die Besorgung dieser Cassengeschäfte an das h. Aerar zu entrichtende Jahrespauschale von 1600 fl. entfiel, welches nebst den Percenten, die für die Administration der Stiftungs- und von demselben fällig in Anspruch genommen werden könnten, die Kosten der Errichtung einer selbstständigen Landescaße vollkommen decken würde. Die geeigneten Cassenlocalitäten ließen sich entweder im Landhause oder auch in der Burg ohne nennenswerthe Kosten adaptiren. — Nach eingehender Besprechung dieser Punkte wird über Antrag des Herrn Landeshauptmann-Stellvertreters Dr. Costa einstimmig beschlossen, dem hohen Landtage einen Bericht zu erstatten, mit folgenden dringlichen Anträgen: 1. Der h. Landtag wolle die Errichtung einer Landescaße im Princip beschließen. 2. Der Landesausschuß werde ermächtigt, die diesfalls erforderlichen provisorischen Verfügungen gegen nachträgliche Genehmigung des h. Hauses zu treffen.

Um einem vielseitig laut gewordenen Wunsche zu entsprechen und um der Bevölkerung auch in weiteren Kreisen die Kenntnissnahme von den Landtagsverhandlungen zu ermöglichen, beantragt Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Costa: 1. Die stenographischen Landtagsberichte werden auch sämmtlichen Gemeindevorständen des Landes zugesendet. 2. Die Ueberschriften der stenographischen Protokolle, sowie die vom stenogr. Bureau beigefügten Bemerkungen, dann der Titel und das Inhaltsverzeichnis haben künftighin slovenisch zu lauten, umsomehr, als sich ohnehin die Mehrzahl der Redner dieser Sprache bedient und sich ein deutscher zu dem überwiegend slovenischen Inhalte sonderbar ausnehmen würde. — Der erste Antrag wird einhellig, der zweite per majora angenommen.

Nach dem Antrage des Herrn Dr. Loman werden künftighin auch die collegialen Verathungen des Landesausschusses sowohl durch die „Laibacher Zeitung“ als auch durch die „Novice“ zur öffentlichen Kenntniss gebracht werden, wobei mit Dank erwähnt werden muß, daß die Herren Redacteurs dieser Blätter mit anerkenntenswerther Bereitwilligkeit die unentgeltliche Publicirung dieser Berichte zugesichert haben.

Devise vom Turner-Kränzchen.

Ihr wadern Turner seid gepriesen!
Das Leben saßt Ihr weise auf;
Ihr habt mitleidig Euch bewiesen
Beim unheilvollen Kriegeflaue;
Ihr habt die armen, wunden Brüder
Gepflegt, gelabt bei Tag und Nacht;
Der Himmel lohnt dereinstens wieder
Die Opfer, die Ihr dargebracht.

Und jetzt habt Ihr zur Faschingsfreude
Der Schönen schönsten Kranz vereint:
Entzückend ist die Augenweide,
Und jedes Herz erfreut erscheint.
D'rum, wad're Turner, seid gepriesen,
Beschützt sei Euer Lebenslauf;
Ihr thut, wie wieder es bewiesen,
Das Herz zur rechten Zeit stets auf.

H. C.

Eingefendet.

In der Kosmetik nehmen unstreitig die von Sr. apost. Majestät allergnädigst priv. Pflasterkammfett-Präparate, über deren vortreffliche Eigenschaften die Gutachten des Herrn

Prof. Klegynski, k. k. Landesgerichts-Chemiker, des Herrn Med. Dr. L. Gottlieb Kraus, Redacteur der „Zeitschrift für gerichtliche Medicin“, des Herrn Med. Dr. M. Raudnig, Mitglied mehrerer gelehrten Gesellschaften, und vieler anderer Herren Doctoren und Mitglieder der Wiener medicinischen Facultät vorliegen, und worüber mehr als 1000 Dank- und Anerkennungs-schreiben, in denen die überraschenden Wirkungen der k. k. priv. Kammfett-Präparate theils von hohen und höchsten Autoritäten als auch von höheren Militärs bestätigt werden, sich in den Händen des Privilegiums-Inhabers zu Jedermanns Einsicht befinden, — den ersten Rang ein. (Siehe die in allen Zeitungen erscheinenden Inserate: „Das beste Mittel zum Wachs- und zur Erhaltung der Kopfschale“ von Wilh. Abt, Friseur und Parfumeur in Wien).

Juristische Gesellschaft in Laibach.

Tagesordnung

der

LIV. Versammlung, welche Freitag den 1. März Abends 6 Uhr im Gesellschaftslocale abgehalten wird.

1. Innere Vereinsangelegenheiten.
2. Präsident Dr. v. Kallenecker: Erörterungen zum neuen Wuchergesetze.
3. Erster Secretär Dr. G. H. Costa: Antrag auf Bildung besonderer Comités zur Discussion einzelner Gesetzentwürfe.

Anmerkung. Nach der Versammlung gefellige Zusammenkunft im Hotel zur „Stadt Wien.“

Laibach am 22. Februar 1867.

Vom Präsidium der juristischen Gesellschaft.

Neueste Post.

Wien, 25. Februar. Das „Frdl.“ schreibt: Se. Majestät der Kaiser haben vorgestern 2 Uhr den Grafen Barral zu empfangen und die Schreiben entgegenzunehmen geruht, durch welche derselbe als königlich italienischer außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister am kaiserl. Hofe beglaubigt wird. Der Empfang fand mit dem für den Empfang außerordentlicher Gesandten und bevollmächtigter Minister feststehenden Ceremoniell statt. Da dieses die Gegenwart des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten nicht enthält, so wohnte auch der Herr Minister Freiherr v. Beust dem Empfange des Grafen Barral nicht bei. Wie wir vernehmen, ist dem Grafen Barral die gnädigste Aufnahme zu Theil geworden. Se. Majestät sollen sich mit besonderer Befriedigung über die Wiederherstellung freundlicher und freundschaftlicher Beziehungen zu dem von dem Herrn Gesandten repräsentirten Hofe und Lande geäußert haben.

Aus Bukarest erfährt man, daß auf Freitag, den 22. Februar, den Jahrestag der Entsetzung Cusa's, der Ausbruch einer Militärverschwörung vorbereitet war, die sich den Zweck gesetzt hatte, die Dynastie Hohenzollern zu stürzen, Cusa aufs Neue zu proclamiren und die Officiere, welche letzteren zur Abdankung gezwungen hatten, mit dem Tode zu bestrafen. Rasch und energisch eingreifend, gelang es jedoch der Regierung, den Verschwörern zuvorzukommen. Sie wurden fast alle verhaftet, an ihrer Spitze der ehemalige Kriegsminister General Floresco, Oberst Solomon u. a.

Aus den Landtagen.

Prag, 25. Februar. Der Statthalter beantwortet die Interpellationen bezüglich der Kriegsschädigung dahin, daß der bedeutende Umfang des Stoffes trotz bedeutender Vermehrung der Buchhaltungsbeamten längere Zeit beansprucht. Bisher seien bereits 1,888,015 fl., nebst der Entschädigung von 150,000 fl. für Prag, bezahlt worden; außerdem erwähnt der Statthalter die von Sr. Majestät dem Kaiser auf Allerhöchstsseiner Reise gewidmeten Spenden, die namhaften Unterstützungen des Landesausschusses und die bedeutenden der Privatwohlthäter. Folgt die Beantwortung noch mehrerer Interpellationen. Der Commissionsbericht über Regierungsmitteltheilung mit dem Adressentwurf der Majorität wird vertheilt.

Prag, 25. Februar. Auf der Tagesordnung steht der Commissionsbericht bezüglich der Beschickung des Reichsrathes. Berichterstatter Graf Leo Thun verliest den Commissionsbericht. Die Majestätsadresse spricht die Bereitwilligkeit aus, eine Versammlung von Abgeordneten der eingeladenen Königreiche und Länder zu gemeinsamer Verathung der schwebenden Verfassungsfrage zu beschicken, und enthält die Bitte an Se. Majestät, die Landtagssession möge nicht geschlossen werden, bevor die Erledigung der Adresse an den Landtag gelangt ist. Herbst sagt: Der Standpunkt der Minorität sei derselbe, wie er sich bei den früheren Adressenverathungen kundgegeben habe; die Minorität begrüße die Rückkehr in verfassungsmäßige Bahnen. Rieger spricht für den Majoritätsentwurf. Böhmen stehe zur Dynastie im Rechtsverhältnisse eines wechselseitigen Vertrages, wofür er historische Deductionen vorbringt. Es erübrige nur, am böhmischen Staatsrechte festzuhalten. In einen Vertretungskörper der uns unsere Rechte nehmen will, gehen wir nicht. Plener ist für die Beschickung des Reichsrathes. In der Willensrichtung von 14 Landtagen könne ein Verhand-

lungsergebnis nicht liegen. Schließlich müßte eine Oetroyirung erfolgen. Er widerspricht der Behauptung, daß die Adresse der Ausdruck der gesammten Bevölkerung Böhmens sei. Der Deutsche liebe sein Vaterland, habe aber kein Verlangen nach einem besonderen böhmischen Staatsrechte. Brauner sucht historisch die Nothwendigkeit des Föderalismus zu beweisen. Wolfrum sagt: Er sei nicht nur Böhme, sondern in erster Linie Oesterreicher, darum sei er für ein verfassungsmäßiges Oesterreich. Zeithammer sagt: Der engere Reichsrath sei ungesetzmäßig. Professor Höfler liefert historische Nachweise gegen die czechische Staatsrechtsauffassung. Graf Clam-Martiniß zieht eine Oetroyirung von Seite des Monarchen einer Oetroyirung von Seite der Majorität der Volksvertretung vor. Graf Hartig spricht für die Commissions-Minorität, Stadlowsky für die Majorität.

Telegramme.

(Original-Telegramm der „Laibacher Zeitung.“)

Wien, 26. Febr. Abd. Im n. ö. Landtag wurde die Petition um Sistirung der Heeresergänzungs-Verordnung bis die Abänderung des Heeresergänzungs-Gesetzes vom Jahre 1858 im verfassungsmäßigen Wege möglich sein wird, einstimmig angenommen.

Pest, 25. Februar. „Lloyd“ meldet: Der Justizminister werde in einer der nächsten Landtagssitzungen die Restitution des 1848er Preßgesetzes beantragen; ferner werde die Regierung bis zur Abfassung des Steuer- und Rekrutengesetzes vom Landtage eine Indemnität verlangen, damit in der Steuereinzahlung und Rekrutenstellung keine für den Gang der Staatsverwaltung nachtheilige Stockung eintrete. — „Bdsk Tanuja“ meldet: Ihre Majestät die Kaiserin-Mutter Carolina Augusta habe für die Nothleidenden der Insel Schütt 1000 fl. gespendet.

Berlin, 25. Februar. (Frdl.) Die nordschleswig'sche Deputation wurde wegen des Unwohlseins Bismarck's von demselben nicht empfangen und auch vom Hofmarschallamte nicht zur Audienz beim Könige zugelassen. Die Deputation petitionirte schriftlich um Ausführung des Paragraphen des Friedensvertrages über die Abstimmung in Nordschleswig, bis dahin möge die Eidesleistung sistirt werden. Es erfolgte darauf der Bescheid: Der König könne sofort eine bestimmte Erklärung nicht abgeben, er müsse mit dem Oberpräsidenten Scheel-Plessen conferiren. Da hiemit Zeit vergehe, möge die Deputation in die Heimat reisen, wohin ihr der schriftliche Bescheid nachfolgen werde.

Telegraphische Wechselcourse

vom 26. Februar.

Spec. Metalliques 62.30. — Spec. Metalliques mit Mai- und November-Zinsen 63.90. — Spec. National-Anlehen 72.30. — Bankactien 763. — Creditactien 194. — 1860er Staatsanlehen 90. — Silber 125.75. — London 127.40. — R. f. Ducaten 6.01.

Das Postdampfschiff „Allemania“, Capitän Meier, welches am 2. von Hamburg und am 6. von Southampton abgegangen, ist am 21. Februar Morgens wohlbehalten in New-York angekommen.

Geschäfts-Zeitung.

Krainburg, 25. Februar. Auf dem hentigen Markte sind erschienen: 105 Wagen mit Getreide, 76 Stück Schweine, das Stück zu 15 bis 18 fl., und 9 Wagen mit frischem Speck. Durchschnitts-Preise.

	fl.	fr.		fl.	fr.
Weizen pr. Metzen	6	75	Butter pr. Pfund	—	38
Korn	4	50	Eier pr. Stück	—	11
Gerste	—	—	Milch pr. Maß	—	10
Hafer	1	80	Rindfleisch pr. Pfd.	—	17
Halbfench	—	—	Kalbsteisch	—	22
Heiden	3	—	Schweinefleisch	—	18
Hirse	2	90	Schöpfenfleisch	—	—
Kukuruz	4	—	Hühner pr. Stück	—	—
Erbsen	1	70	Lanben	—	10
Linfen	—	—	Heu pr. Zentner	1	20
Erbsen	—	—	Stroh	—	70
Wicken	5	12	Holz, hartes, pr. Kist.	4	—
Rindschmalz pr. Pfd.	—	45	— weiches	3	—
Schweinschmalz	—	40	Wein, rother, pr. Eimer	—	—
Speck, frisch	—	30	— weißer	10	50
Speck, geräuchert, Pfd.	—	40			

Theater.

Heute Mittwoch bleibt die Bühne geschlossen.

Morgen Donnerstag den 28. Februar:

Margarethe und Känstling.

Musikalisch-parodistische Burleske in 7 Bildern von Julius Sirtus. Musik von Julius Hopp.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Februar	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Pariser Linien auf 0° R. reducirt	Lufttemperatur nach Reaumur	Wind	Ansicht des Himmels	Niederschlag in Wiener Linien
26.	6 U. Mg.	325.61	+ 0.8	D. schwach	trübe	0.00
2.	2 „ Ab.	323.58	+ 7.7	D. schwach	trübe	0.00
10.	10 „ Ab.	323.13	+ 6.2	D. schwach	trübe	0.00

Morgens Reif. Die Wolkendecke tagüber geschlossen. Nachm. gegen 4 Uhr und später ziemlich harter Wind aus Nord. Wolkenszug aus SW.

Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Kleinmayer.